

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 11.01.2018

Von Simon Zeise

13.01.2018

Merkel macht den Trump

Milliarden Haushaltsüberschuss



Foto: Kay Nietfeld/REUTERS

Sie kürzen, bis das Land auseinanderbricht. Einen Überschuss von mehr als zehn Milliarden Euro hat die Bundesregierung der Bevölkerung im vergangenen Jahr vorenthalten. Zu den 3,7 Milliarden Euro, die das Finanzministerium auf der hohen Kante liegen habe, kämen weitere 6,7 Milliarden Euro aus der Asylrücklage, die 2017, anders als

geplant, nicht benötigt wurden, berichtete das *Handelsblatt* am Mittwoch. Unterm Strich blieben 10,4 Milliarden Euro liegen. Allein zwei Milliarden Euro an Investitionsmitteln seien nicht abgerufen worden.

Die fehlen andernorts: Gewerkschaftsnahe Konjunkturforscher gehen von benötigten zusätzlichen Infrastrukturausgaben im zweistelligen Milliardenbereich aus. Denn in Deutschland geht mehr kaputt als neu gebaut wird. Die Nettoinvestitionen betragen minus sechs Milliarden Euro. Es regnet in Schulen und Kitas rein – wenn überhaupt noch welche vorhanden sind, was in ländlichen Regionen keine Selbstverständlichkeit ist. Und auch die in Deutschland Schutz suchenden Flüchtlinge wohnen nicht in Luxusapartments, im Gegenteil.

Für Unternehmen war im vergangenen Jahr hingegen genug da: Weil das Bundesverfassungsgericht die Kernbrennstoffsteuer kassierte, zahlte der Bund sieben Milliarden Euro an die Atomkonzerne. Auch für Krieg ist die Bundeskanzlerin zu haben: Am Mittwoch gab das Bundesfinanzministerium bekannt, es seien im dritten Quartal 2017 »über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen« in Höhe von rund 510 Millionen Euro« angefallen. Dem Verteidigungsministerium seien mehr als 400 Millionen Euro für den Beitrag zu den Beschaffungskosten des »Multi Role Transport Tank«-Flugzeugs zugeflossen, das Berlin als Beitrag zur NATO-Flotte leistet. Die Militärausgaben steigen stetig. Merkel hat den Kurs vorgegeben: Im Jahr 2023 sollen 42,3 Milliarden Euro in Rüstungsprojekte fließen – 2004 war es noch die Hälfte.

Die Bedingungen für die neue Regierung sind vorgegeben. Die Kapitalseite feuert aus allen Rohren. Der US-Präsident habe den Steuerwettbewerb eröffnet, in dem die BRD unbedingt nachziehen müsse, sonst drohe sie, im internationalen Wettbewerb unterzugehen, lautet die Legende. Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« versuchte umgehend, die Deutungshoheit zu erlangen: »Wer jetzt statt Steuersenkungen noch höhere Sozialausgaben verlangt, belastet künftige Haushalte mit zusätzlichen Risiken.« Aus Koalitionskreisen wurde schon am Montag die Parole ausgegeben, wie die Lohnabhängigen bei der Stange gehalten werden sollen. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem Jahresgehalt von 60.000 Euro greifen – und schon halten die Facharbeiter die Füße still, so das Kalkül. Für den »bereits reichlich speckigen Sozialstaat«, so das *Handelsblatt*, gibt es jedenfalls nichts. Die neue Bundesregierung werde nicht umhinkommen, auf Trump »zu reagieren«. Es läuft sich gut im Windschatten des US-Imperialismus.